Nr. 101.2023
12. Juni 2023

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Recht auf kostenlose Schuldnerberatung ist wichtiger denn je

Nadine Heselhaus, *verbraucherpolitische Sprecherin:*

In Zeiten hoher Inflation rücken die Schuldnerberatungsverbände das Thema Verbraucherüberschuldung mit einer Aktionswoche in den Fokus. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderungen nach einem Recht auf kostenlose Schuldnerberatung und Pfändungsschutz für staatliche Krisenhilfen.

„Die Inflation ist kein Gespenst, sondern Realität. Sie trifft alle Menschen in unserem Land, einige jedoch härter als andere. Neben Transferleistungsbeziehenden leiden auch Rentnerinnen, Rentner und einkommensschwächere Berufstätige unter den hohen Preisen für Energie, Lebensmittel und andere Bedarfsgüter. Wer seine Rechnungen dauerhaft nicht mehr bezahlen kann, droht in eine Abwärtsspirale zu geraten, an deren Ende Überschuldung steht. Eine Zunahme der Zahl überschuldeter Privathaushalte gilt es unbedingt zu vermeiden, wenn wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern wollen.

Die Erfahrungen der Praktikerinnen und Praktiker zeigen ganz klar: Je früher Betroffene professionelle Beratung in Anspruch nehmen, desto besser können individuelle Lösungen für ihre Schuldenprobleme gefunden werden. Das hilft am Ende auch den Gläubigern, zu denen häufig staatliche Stellen gehören. Es darf nicht sein, dass Menschen keine Hilfe erhalten, weil sie die Kosten für die Beratung nicht stemmen können oder vor Ort kein Angebot finden. Ein bundesweites Recht auf kostenlose Schuldnerberatung für alle Hilfesuchenden ist deshalb überfällig. Dies muss flankiert werden durch eine bessere und stetige Finanzierung, damit ein flächendeckendes Beratungsnetz der wachsenden Nachfrage gerecht werden kann.

Zudem müssen Krisenhilfen wie die Energiepreispauschale oder die Inflationsausgleichsprämie grundsätzlich vor Pfändung geschützt sein. Diese Hilfen sind nicht für die Gläubiger bestimmt, denn sie dienen eindeutig dem Zweck, Krisenfolgen für die Menschen abzumildern.“

Impressum

Nr. 101.2023 / 12. Juni 2023

Herausgeberin: Katja Mast
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag